

Ennepe-Ruhr-Kreis
Der Landrat

Stadt
Sprockhövel

28. Okt. 2015

Kreisverwaltung ♦ Postfach 420 ♦ 58317 Schwelm

Hauptstraße 92
58332 Schwelm

Herrn
Ulrich Winkelmann
Bürgermeister
der Stadt Sprockhövel
Rathausplatz 4
45549 Sprockhövel

Fachbereich Zentraler Service
Organisation und Zentrales Controlling

Auskunft: Herr Hammes
Zimmer: 106
Telefon: 02336/932179
Telefax: 02336/9312179
E-Mail: J.Hammes@en-kreis.de

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Aktenzeichen
11/2

Datum
27.10.2015

Solidarpakt Ennepe-Ruhr

Sehr geehrter Herr Winkelmann,

der Kreistag hat in seiner Sitzung am 19.10.2015 auf Basis des Grundsatzbeschlusses vom 08.12.2014 und der Teilnahmeerklärungen der kreisangehörigen Städte zwei weitere Beschlüsse zum Solidarpakt Ennepe-Ruhr gefasst, um die Umsetzung des Solidarpakts gemeinsam zeitnah angehen zu können.

Zur besseren Orientierung sind beide Beschlüsse als Anlagen beigefügt.

Der erste Beschluss befasst sich mit einem Vorschlag zur **Arbeitsstruktur** (Anlage 1). Dabei stellt insbesondere das Kommunalforum EN eine breite politische Beteiligung der Städte und des Kreises sicher, die im Lenkungskreis repräsentativ fortgesetzt wird.

Die Entscheidungskompetenzen aller Beteiligten bleiben hierbei unberührt. Wenn sich aus dem Solidarpakt Entscheidungsnotwendigkeiten ergeben, so entscheiden die Räte und der Kreistag beziehungsweise die Hauptverwaltungsbeamten in ihrer jeweiligen Zuständigkeit.

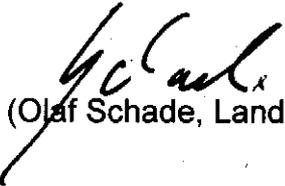
Ich bitte Sie, mir bis zum 30.11.2015 mitzuteilen, ob Sie mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise hinsichtlich der Arbeitsstruktur einverstanden sind oder mir Änderungsvorschläge zu unterbreiten.

Vorbehaltlich Ihrer Rückmeldungen sollen in einer ersten Auftaktveranstaltung im Dezember 2015 dann die Arbeitsstruktur gemeinsam festgelegt sowie erste Arbeitsfelder ausgemacht werden. Konkrete Terminvorschläge hierzu werden in Kürze nachgereicht.

Auf der Grundlage Ihrer Rückmeldungen und der Überlegungen des Kreises befasst sich der zweite Beschluss mit möglichen **inhaltlichen Aspekten** des Solidarpaktes Ennepe-Ruhr (Anlage 2). Der Kreis würde in der Auftaktveranstaltung diese Vorschläge (Arbeitsteilung und Verzahnung der Verwaltungsarbeit, Kreisweite Zusammenarbeit in der Jugendarbeit, Wirtschaftsförderung und Breitbandausbau) kurz präsentieren und zur Diskussion stellen.

Genauso können Sie weitere bzw. andere Vorschläge in die gemeinsame Runde einbringen.

Mit freundlichen Grüßen



(Olaf Schade, Landrat)

Den Solidarpakt Ennepe-Ruhr mit Leben füllen!

Der Kreis und die neun Städte haben sich vereinbart, gemeinsam an den Zielen einer Kostenentlastung der Kommunen mit eigenen Maßnahmen des Kreises und einer Qualitätssicherung öffentlicher Leistungen sowie durch eine Stärkung der interkommunalen Kooperation zu arbeiten.

In diesem Zusammenhang hat der Kreis bekräftigt, weiterhin die besondere Situation seiner Städte anzuerkennen und sich mit ihnen solidarisch erklärt.

Um nach einer Zeit der Kommunalwahlen den Solidarpakt Ennepe-Ruhr zeitnah mit Leben zu füllen, ist es erforderlich, eine verlässliche und von allen Seiten akzeptierte Arbeitsstruktur einzurichten sowie erste Arbeitsinhalte festzulegen.

Zur Findung einer diesbezüglichen Einigung stellt der Kreistag deshalb folgende Arbeitsstruktur zur Diskussion, mit der Bitte an die Städte, diese bis zum 30.11.2015 zu bestätigen oder Änderungsvorschläge zu unterbreiten.

In einer ersten Auftaktveranstaltung im Dezember 2015 soll dann Arbeitsstruktur gemeinsam festgelegt sowie erste Arbeitsfelder ausgemacht werden.

I. Einrichtung eines Kommunalforums EN

Die Vorbereitung von Entscheidungen und Maßnahmen verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit erfolgen durch ein Kommunalforum Ennepe-Ruhr. Dieses tagt zum Auftakt sowie im Anschluss jährlich und wird aus den Verwaltungsvorständen der Städte und des Kreises sowie den Mitgliedern der Hauptausschüsse und des Kreisausschusses gebildet. Eine Vertretung ist möglich.

Bei Bedarf können aus diesem Forum Arbeitsgruppen etwa für bestimmte Politikbereiche gebildet werden.

In diesem Forum sollen Informationen ausgetauscht, grundsätzliche Diskussionen geführt sowie die Arbeit des Lenkungskreises begleitet und den möglichen Arbeitsgruppen Impulse mitgeben werden.

II. Einrichtung eines Lenkungskreises

Zur Vorbereitung des Forums und zur Steuerung des gesamten Prozesses wird ein Lenkungskreis eingerichtet, der bei Bedarf, mindestens aber viermal im Jahr tagt.

Dieser setzt sich aus den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten, und je acht Vertreterinnen und Vertretern des Kreistags und der Räte zusammen. Hierzu benennen die Fraktionen im Kreistag folgende Mitglieder:

SPD und CDU benennen jeweils zwei Kreistagsmitglieder und zwei Ratsmitglieder, Grüne, FDP, Linke, Piraten/Freie Wähler je ein Mitglied des Kreistags und eines Rates. Eine Vertretung ist möglich. Bei Bedarf können im Einvernehmen mit den Mitgliedern weitere Fachleute oder Unterstützungskräfte aus den Verwaltungen hinzugezogen werden.

Gemeinsame Aufgaben des Kommunalforums und des Lenkungskreises sind die Entwicklung von entscheidungsfähigen Vorschlägen bzw. Vorlagen für die jeweiligen Gremien und die Begleitung des Prozesses. Die Entscheidungskompetenzen aller Beteiligten bleiben unberührt. Wenn sich aus dem Solidarpakt Entscheidungsnotwendigkeiten ergeben, so entscheiden die Räte und der Kreistag beziehungsweise die Hauptverwaltungsbeamten in ihrer jeweiligen Zuständigkeit.

Politikfelder für den Solidarpakt

Der Solidarpakt steht für alle denkbaren Kooperationen offen.

Das Feld interkommunaler Zusammenarbeit ist aber so breit, dass Leitprojekte bestimmt werden müssen, um Pilotvorhaben für eine vertiefte Zusammenarbeit festzulegen und die gebildeten Strukturen nicht zu überfrachten. Als Auswahlkriterium spielt zunächst die finanzielle und perspektivische Bedeutung eines Aufgabenfelds eine Rolle. Zweites Kriterium ist die Politiknähe oder Politikferne eines Aufgabenbereichs. Die Vorschläge aus den Städten sollen aufgegriffen und in den Gremien ein Fahrplan vereinbart werden. Hierbei sind alle Möglichkeiten denkbar, Kooperationen zwischen Städten, Aufgabenwahrnehmung der Städte für den Kreis oder zentrale Aufgabenerfüllung durch den Kreis. Es müssen Wege gefunden werden, die eine wirtschaftliche und sparsame Aufgabenwahrnehmung ermöglichen, ohne orts- und bürgernahe Politik unmöglich zu machen.

Die bislang eingegangenen Stellungnahmen aus den Städten geben mit ihren Vorschlägen wichtige Hinweise auf erste prioritäre Projekte. Ob es die nachfolgen aufgeführten Themen oder möglicherweise andere Themen sind, die als Einstieg in die Arbeit des Solidarpakts dienen sollen, wird im Kommunalforum und im Lenkungskreis zu diskutieren sein.

a) Arbeitsteilung und Verzahnung der Verwaltungsarbeit

Insbesondere in der Stellungnahme der Stadt Sprockhövel werden Kooperationen im Bereich EDV/IT, im Personalwesen, im Einkauf und der Vergabe und ein gemeinsames Kassenwesen angeregt. Die Stellungnahme aus Wetter erinnert an die Untersuchung der Beratungsgesellschaft GMO Management GmbH aus dem Jahr 2008, in der Kooperationsbereiche der Südkreisstädte und des Ennepe-Ruhr Kreises untersucht wurden. Im Ergebnis wurden damals allerdings keine nachhaltigen Kooperationen geschaffen.

Die Vertiefung und Verzahnung der Verwaltungsarbeit ist hinsichtlich der dynamischen technischen Entwicklung, der hohen Personalintensität und der strukturellen Gleichartigkeit der Verwaltungsaufgaben ein vielversprechendes Kooperationsfeld. Es ist gleichzeitig relativ politikfern. Daher bietet sich eine Bearbeitung des Themas in einer Arbeitsgruppe der Verwaltungen an. Als Einstieg sollte die Aktualität des GMO Gutachtens geprüft und gegebenenfalls eine Aktualisierung dieses oder die Erstellung eines vergleichbaren Gutachtens veranlasst werden. Bei allen Projekten, bei denen konzeptionell eine Verstärkung der Zusammenarbeit unter Einbeziehung aller Städte und des Kreises angestrebt wird, übernimmt die Kreisebene grundsätzlich die Kosten für Begutachtung und externe Begleitung.

b) Kreisweite Zusammenarbeit in der Jugendarbeit

Der Ennepe-Ruhr Kreis gehört zu den wenigen Kreisen in NRW ohne Kreisjugendamt, nachdem sich Sprockhövel entschieden hatte ein eigenes Jugendamt einzurichten. Da damit lediglich Breckerfeld ohne eigenes Jugendamt war, wurde seinerzeit das Kreisjugendamt aufgegeben. Breckerfeld nimmt seitdem die Aufgaben der Jugendhilfe gemeinsam mit Ennepetal wahr. In der Stellungnahme der Stadt Breckerfeld wird angeregt, ein Kreisjugendamt einzuführen.

Vorteil der Ansiedlung der Aufgaben des Jugendamts in den Städten ist die Ortsnähe und damit die Möglichkeit, Angebote und Schwerpunkte mit anderen städtischen Angeboten und der jeweiligen Situation abzustimmen und so ein wichtiges Politikfeld selbst gestalten zu können. Es gibt aber auch deutliche Nachteile. Für gesetzliche Spezialaufgaben muss in allen Städten selbst bei geringer Fallzahl entsprechendes Fachpersonal vorgehalten werden. Gesetzliche Pflichten, wie die Erstellung von Statistiken, müssen erledigt werden. Außerdem fällt der fachliche Austausch der Jugendarbeit zwischen den Städten schwächer aus, als in Kreisen mit der Klammer eines Kreisjugendamts.



Am Beispiel der Jugendhilfe kann in einem Bereich, in dem in Nordrhein-Westfalen in der Regel eine Kompetenz der Kreise besteht und wegen der Besonderheit der fast durchgängig mittelgroßen bis großen Städten im Ennepe-Ruhr-Kreis, geprüft werden, ob eine Kooperation möglich, vernünftig und wirtschaftlich ist, die Verwaltungsaufgaben einschließlich übergreifender Planungen und Abwicklungen von Transferleistungen konzentriert, aber kommunalpolitische Kompetenzen wie die Organisation von Angeboten für Jugendliche, den Einsatz von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern und die Kooperation mit Verbänden und Jugendparlamenten vor Ort belässt.

c) Wirtschaftsförderung und Breitbandausbau

Mit der EN-Agentur besteht seit Jahren eine von Städten und Kreis mehrheitlich mit weiteren Akteuren getragene Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung. Das Thema Breitbandausbau wurde im Einvernehmen mit den Städten auf der Kreisebene angesiedelt und die Stelle eines Breitbandbeauftragten eingerichtet. Bei der EN-Agentur ist eine Arbeitsteilung mit den Städten vorgesehen, die einige Bereiche fest den Städten oder der Agentur zuordnet, aber auch einen Überschneidungsbereich kennt, in dem im Einzelfall und pragmatisch entschieden wird, wer handelt. Die Gremienstruktur der EN-Agentur stellt über die Kapitalbeteiligung die Anwesenheit aller Stadtverwaltungen in der Gesellschafterversammlung sicher, die Beteiligung der Kreispolitik und von Räten erfolgt uneinheitlich und nach Stärkeverhältnissen, so dass weder die Beteiligung von Ratsmitgliedern überhaupt noch von Vertreterinnen und Vertretern aller Kreisfraktionen sichergestellt ist. Die politischen Begleitgremien für den Breitbandausbau sind dem Grunde nach beschlossen, haben aber noch nicht ihre Arbeit aufgenommen. Ähnlich wie bei der Jugendhilfe besteht ein starkes Interesse der Städte sicherzustellen, dass eigene Angelegenheiten auch im eigenen Interesse selbst geregelt werden können.

Der gemeinsame Prozess des Solidarpakts ermöglicht eine Evaluation der Arbeit der EN-Agentur und der städtischen Wirtschaftsförderungen im Sinne einer möglichst effizienten und leistungsstarken Förderung der Wirtschaft und der Beschäftigten, sowie der wirtschaftlichen Interessen des Kreises und seiner Städte. Es sollte überprüft werden, ob die Gremienstruktur der EN-Agentur zeitgemäß ist und ob und wie eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung erfolgen kann. Als Beispiel eines gemeinsamen Projekts von Städten und Kreis unter Federführung des Kreises sollte im weiteren Verlauf des Breitbandausbaus das Begleitgremium aus Kreispolitik und beteiligten Städten aufgebaut und nach einiger Zeit evaluiert werden.

d) Raum für Kooperationen der Städte

In einigen Politikbereichen, etwa im Bereich der Volkshochschulen, gibt es Kooperationen der Städte. In anderen Bereichen, etwa bei Museen oder Sparkassen, wurden Kooperationen versucht. Der Solidarpakt bietet Raum für solche Kooperationsprojekte, ohne dass es erforderlich wäre, dass der Kreis selbst einen aktiven Part einnehmen müsste. Hier sind Initiativen aus den Städten gefragt. Die Strukturen des Solidarpakts stehen ausdrücklich auch für derartige bilateralen Kooperationen zur Verfügung. Wenn es sich ergibt, dass eine Einbeziehung des Kreises sinnvoll erscheint, kann dieses geschehen. In jedem Fall sollten aber auch solche Beispiele vorgestellt und diskutiert werden, um wichtige Impulse in alle Städte zu geben.

